

Stand: 25.12.2025 20:05:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/24006

"Verbraucher besser schützen: Ortsübliche Preise für seriöse Schlüsseldienste ermitteln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/24006 vom 27.09.2018



Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Alexander König, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel CSU**

Verbraucher besser schützen: Ortsübliche Preise für seriöse Schlüsseldienste ermitteln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel dafür einzusetzen, dass die Durchschnittspreise für Schlüsseldienstleistungen ermittelt und abgefragt werden können.

Dabei kommt der Festlegung der Ortsüblichkeit auch für etwaige Strafverfahren und Verfahren wegen Wuchers enorme Bedeutung zu.

Begründung:

Bei den Verbraucherschutzorganisationen, insbesondere der Verbraucherzentrale, häufen sich nach wie vor die Beschwerden von Menschen, die sich von unseriösen Schlüsseldiensten übervorteilt fühlen.

Preise von 400 Euro für 10 Minuten Arbeit sind dabei keine Seltenheit. Vor einigen Jahren wurde im Bereich der Metallinnungen eine Liste für die ortsüblichen Preise für Schlüsseldienstleistungen geführt. Aufgrund einer Beschwerde beim Kartellamt wurde ihnen dieses jedoch untersagt.

Nunmehr besteht für Gerichte keinerlei Anhalt mehr hinsichtlich der Ortsüblichkeit mit der Folge, dass, wenn es um die Beurteilung von Wucher u. ä. geht, die Maßstäbe, die verschiedene Amtsgerichte anlegen, extrem divergieren.

Dies ist im Sinne eines verlässlichen Verbraucherschutzes absolut nicht hinnehmbar.

Insbesondere besteht für denjenigen, der ohne Rechtsschutzversicherung klagt, ein so hohes Risiko, dass sich unseriöse Schlüsseldienste in ihrem Verhalten in keiner Weise gestört fühlen.